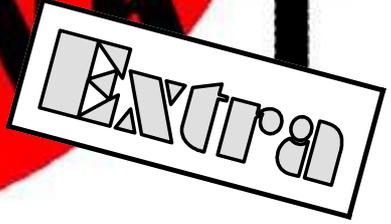


BLICKPUNKT

Kommunales Mitteilungsblatt der DKP Heidenheim
V.i.S.d.P DKP Heidenheim Ulrich Huber



BLICKPUNKT Nr. 03

November 2012

Jahrgang 41

Heidenheimer Ausbildungsmesse Weg mit dem Kooperationsvertrag der Landesregierung mit der Bundeswehr



Heidenheimer Ausbildungsmesse 2011



Verfassungswort und Verfassungswirklichkeit

" Die Jugend ist im Geiste der Nächstenliebe, zur Brüderlichkeit und zur Friedensliebe zu erziehen". So lautet in Auszügen der Bildungsauftrag der Schulen in unserer Landesverfassung. Ganz anders hat das Kultusministerium der alten CDU/FDP Landesregierung gehandelt. Eine Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr ermöglicht sogenannten Jugendoffizieren der Bundeswehr den Zugang in die Klassenzimmer. Diese "Experten für politische Bildung" gestalten dort den Unterricht, entwickeln Lehrmaterialien, organisieren Ausflüge in Kasernen und üben zunehmend Einfluß auf die Ausbildung von Lehrkräften

aus.

Auch Wehrdienstberater kommen immer häufiger in Schulen, um jugendliche für den Dienst an der Waffe anzuwerben.

Die Friedensbewegung fordert die sofortige Kündigung der bestehenden Kooperationsvereinbarung zwischen dem Kultusministerium und der Bundeswehr. Die militärische Propaganda gegenüber Heranwachsenden muß beendet werden!

Bundeswehr als Arbeitgeber ?

Nein Danke !



KEIN WERBEN
FÜRS STERBEN!



Bundeswehr raus aus allen Schulen, Unis und Arbeitsämtern!

Heute geht die Bundeswehr verstärkt und planmäßig an Schulen, Universitäten und Arbeitsämtern auf Rekrutenfang. Sie proklamiert in ihren Werbeprospekten „Soldat zu sein ist kein Job wie jeder andere“. In der Tat ist die Vorbereitung zum Töten und Krieg führen „kein Job wie jeder andere!“

Es ist absurd und unmenschlich zugleich, die Vorbereitung zum Töten oder im Krieg selbst getötet zu werden, als Job zu bezeichnen. Obendrein ist es ein Skandal, dass die Bundeswehr in Schulen, Unis und Arbeitsagenturen, staatlich erlaubt, Zutritt erhält um mit verlockend erscheinenden Angeboten junge Menschen als „Kanonenfutter“ für Kriege und Gewalt, natürlich unter dem Deckmantel von Freiheit und Demokratie, zu ködern.

Erfahrungsgemäß nutzt dabei die Bundeswehr rigoros die unter der Jugend weit verbreitete Arbeits- und Perspektivlosigkeit in unserem Land aus. Die horrenden Milliardenausgaben für Kriege und deren Vorbereitung sind eine wesentliche Ursache dafür, dass es so ist. Sie verschlingen die Gelder dafür und garantieren den Kapitalisten wahnsinnige Profite.

Soldat im Krieg ist kein Traumjob, kann aber schnell zum Kriegstrauma führen!

Mit der Ausweitung der Auslandseinsätze hat sich der Alltag der SoldatInnen und damit ihre Aufgaben, lt. Grundgesetz (ausschließlich zur Landesverteidigung), grundlegend geändert. Wenn Jugendliche JA zur Ausbildung bei der Bundeswehr sagen, ist das auch verbunden mit einem JA zur Teilnahme an Auslandseinsätzen, die nicht dem Charakter nach, der Bevölkerung nützen, sondern ausschließlich die Interessen des deutschen Kapitalisten dienen.

Die Teilnahme an Auslandseinsätzen ist für den Berufs-bzw. Zeitsoldaten obligatorisch. Das ist der Sinn und Zweck der „neuen“ Bundeswehr der sich, ohne die Zustimmung der deutschen Bevölkerung, in den letzten Jahren grundlegend geändert hat.

Wie gefährlich das ist, machen die regelmäßig aus Afghanistan kommenden Zinksärge deutlich. Doch nicht immer ist es gleich der Tod, sondern viele SoldatInnen kommen als seelische Wracks zurück, die das Erlebte nicht ertragen und verarbeiten können und danach arbeitsunfähig sind. Was rechtfertigt die Toten und verheerenden Vernichtungen in den vom Krieg betroffenen Ländern?

Auslandseinsätze sind kein Abenteuerurlaub!

Mindestens 4 Jahre verpflichtet, heißt auch verzichten. Verzicht auf regelmäßige Kontakte zu Freunden und Familien. Verzicht auf eine zivile demokratische Ausbildung und Mitbestimmung. Dafür bekommt man bedingungslose Unterordnung unter die Befehlsgewalt. Der Krieg in Afghanistan wird gegen den Willen der Mehrheit der deutschen Bevölkerung durchgeführt. Die Auslandseinsätze entziehen sich, wie z.B. der Einsatz der KSK in Afghanistan, jeglicher parlamentarischer Kontrolle.

Deshalb fordern wir, die Deutsche Kommunistische Partei Baden-Württemberg:

- Bundeswehr raus aus allen Schulen, Unis und Arbeitsagenturen.
- Wir wollen kein Werben fürs sterben. Schluss mit der Ausbildung zu Gewaltanwendung.
- Das Kooperationsabkommen zwischen der Baden-Württembergischen Landesregierung und der Bundeswehr muss sofort gekündigt werden.
- Die Erziehung der Jugend muss dem Frieden und der Völkerverständigung dienen.
- Die Jugend braucht Bildung statt Rüstung, Arbeitsplätze statt Kriegsschauplätze.

Jugendliche, hört nicht auf die verlockenden Angebote der Bundeswehr. SAGT NEIN!

Zieht die Lehren aus der Geschichte. 2 Weltkriege, entfesselt vom deutschen Imperialismus, hat Millionen junger Menschen das Leben gekostet, macht Euch stark im Kampf für eine demokratische Bildung und Berufsausbildung statt Rüstung, für mehr und bessere Ausbildungsplätze, Bundeswehr raus aus allen Schulen, Messen und Arbeitsämtern! fordert sofortige Einstellung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr!

Karriere mit Zukunft?

